

„Falsche Prioritäten bei der Klimapolitik“ CDU, FDP und Freie Wähler kritisieren Ausschreibung zum Klimamarketing

Die Stadt Konstanz will in den kommenden zwei Jahren 140.000 Euro in ihr Marketing für die kommunale Klimapolitik investieren (der SK berichtete). Das stößt bei einigen Fraktionen im Gemeinderat auf heftige Kritik. CDU, FDP und Freie Wähler monieren, dass angesichts der dramatischen Haushaltslage die Prioritäten bei den Ausgaben neu zu setzen seien und wollen das Thema im Gemeinderat behandelt wissen. Es klemme an allen Ecken und Enden im Haushalt, da sei es kaum an der Zeit, sich opulente Marketingprogramme zu gönnen für ein Thema, das in der Bevölkerung im Grundsatz längst angekommen sei, erklärt CDU-Fraktionschefin Heike Rawitzer. Ihre Fraktion habe schon in den diesjährigen Haushaltsberatungen die viel zu hohen Aufwendungen für Kommunikation der Stadt kritisiert. Es habe damals geheißen, die Stadt werde das im Rahmen einer Minderausgabe berücksichtigen, von der nun laufenden Ausschreibung sei allerdings an keiner Stelle die Rede gewesen.

FDP und Freie Wähler pflichten ihr bei: Die Aussage der Stadt, dass die Mittel schon 2021 beschlossen worden seien, sei schlicht falsch. Zwar habe man im Grundsatz einer Kommunikationsstrategie für Klimaschutz zugestimmt, die jetzt veranschlagten Mittel für 2026 seien damals aber nirgendwo transparent gemacht worden, erklärt Susanne Heiß von den Freien Wählern. Zudem sei mit dem teuren Marketing noch kein einziges CO₂-Molekül eingespart, sprich: Es handle sich angesichts der grundlegenden Zustimmung zu Klimaschutz um symbolische Politik.

Und Achim Schächtle von der FDP ergänzt, dass sich auch die Zeiten geändert hätten. Jetzt stehe die Stadt vor einem riesigen Schuldenberg und müsse den Bedarf einstmals beschlossener Projekte eben nochmal genauer anschauen. Mittlerweile sei die Bereitschaft für Klimaschutz in der Stadt durchaus vorhanden, die Frage sei aber immer, zu welchen Bedingungen und Kosten dies zu leisten sei.

Alle drei Fraktionen betonen, dass sie nicht gegen Umwelt- und Klimaschutz seien, sondern vielmehr angemessene Maßnahmen befürworten, die tatsächlich umweltwirksam seien. Das Geld für Kommunikationsstrategien sei hier an der falschen Stelle investiert und nutze dem Klimaschutz nur mittelbar, hier seien die Prioritäten falsch gesetzt.

Zudem finden sie die Strategie, sich auf einen Beschluss von 2021 zu stützen, um ohne Rücksprache mit dem Gemeinderat immer neue Mittel zu verausgaben, höchst problematisch: Das bestätige die Befürchtung, dass hinter jedem Grundsatzbeschluss eine Salamtaktik stehen könne, die scheinbar immer neue Kosten im Selbstbedienungsmodus produziere.

Deshalb hätten schon jetzt solche Beschlüsse immer weniger Aussicht auf Erfolg. Gemeinsam beantragen die drei Fraktionen, das Thema in der nächsten Gemeinderatssitzungen auf die Tagesordnung zu setzen. Ihr Ziel ist klar: Sie wollen die laufende Ausschreibung stoppen und keinen Auftrag vergeben.